bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 20 | 29. September 2005

Rechte Szene 2

Die Kräfte weiter bündeln
Ungeachtet Kritik aus dem eigenen Lager ist die NPD-Führung „stolz“ auf das Wahlergebnis – die Republikaner sollen in die „Volksfront“.

"Kriegskasse gefüllt"
Aufwärtstrend für die NPD im Norden der Republik – die Rechtsextremisten hoffen auf den Einzug in den Schweriner Landtag im nächsten Jahr.

"Denkzettel-Partei"
Experten sehen für die NPD in Sachsen mittlerweile ein Stammwählerpotenzial.

Rechtsextreme Hochburgen
In Ostdeutschland hat die NPD durchwegs besser abgeschnitten als im Westen – für die Republikaner gab es nur sehr vereinzelt achtbare Erfolge.

"Patriotische Kleidung"
Tyr-Rune und Wolfsangel sind wieder Mode.

Feindbeobachtung
Journalisten im Fokus der Neonazis.

Rezension 7

Vernetzte braune Truppen
Die Strukturen der NPD und der Kameradschaftsszene in Niedersachsen.

Ausland 8

Le Pen forever
Der FN-Parteichef blockiert nach wie vor die Frage seiner Nachfolge und will auch wieder als Präsidentschaftskandidat antreten.

Unbehelligtes Treiben
„Sieg-Heil“-Rufe bei Neonazi-Konzert – tschechische Polizei schreitet nicht ein.

Demokratische Initiativen 9

Gefährliche Botschaft
Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“.

Fördern mit Rat und Geld
Die Amadeu Antonio Stiftung initiiert und betreut zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte.

Meldungen 11

Rechte Szene

Die Kräfte weiter bündeln

Ungeachtet Kritik aus dem eigenen Lager ist die NPD-Führung „stolz" auf das Wahlergebnis – die Republikaner sollen in die „Volksfront".

Als erste meldeten sich die NPD-Kritiker zu Wort. Die Stimmen waren noch nicht alle ausgezählt, da wusste der vormalige Parteivordenker Jürgen Schwab ironisch von einem „eher fettarmen Ergebnis" der „grandiosen ‚Volksfront von rechts'" zu berichten. Parteichef Udo Voigt sah dies offenbar etwas anders: „Mit 1,6 Prozent der Zweitstimmen bundesweit können wir stolz auf unser Ergebnis sein!" Vorbei die nach der Sachsen-Wahl gehegten Träume, in den „Reichstag" einziehen zu können. Die NPD war schon seit Januar bescheidener geworden. Und so verbucht Voigt nun als Erfolg: „Wir haben auf Bundesebene das beste Wahlergebnis seit 1969 erzielt. Die NPD ist nun die stärkste Kraft unter allen Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind." Und: Bis auf NRW stehe in allen Bundesländern nun eine Eins vor dem Komma.

Von einer „Blamage" ist hingegen auf der Internetseite des Worch-nahen „Freien Widerstands" die Rede: „Fraglich, wie man solch ein schlechtes Wahlergebnis als Sieg verkünden kann?" Gründe für die Blamage seien „unter anderem darin zu finden, dass die NPD eine Sammlung ‘rechter' Kräfte einer klaren Positionierung vorzieht". Sie praktiziere eine „rechtsreaktionäre Phrasendrescherei". Worch selbst attestiert der NPD, sie betreibe „weiterhin ihre Dominanzspielchen; nicht mehr so offen wie früher, aber sie spielt sie". Dass die NPD ihr Ergebnis der Europawahl von einem Prozent nun auf 1,6 Prozent gesteigert habe, werde „sicherlich den Schatzmeister sehr freuen; ansonsten aber ist es politisch marginal", meint Worch.

Anders als der Worch-nahe Flügel der Kameradschaftsszene argumentiert Schwab. Er bezweifelt, dass es der NPD gelingen könnte, „bürgerlich nationale Kreise" ansprechen zu können, wenn sie gleichzeitig „in sektiererhafter Weise die REP zum politischen ‘Hauptfeind' erkläre". Und: Es spreche ja nichts dagegen, einen Mann wie Jürgen Rieger für die NPD antreten zu lassen. Aber: Es sei „keinem politikfähigen Nationalen vermittelbar, dass sich eine politische Partei mit Rudolf Heß befasst".

Ungeachtet solcher Kritik aus verschiedenen Richtungen will Voigt an der „Bündelung der nationalen Kräfte" – sprich: an der Zusammenarbeit mit DVU und einem Teil der „Freien Kräften", unterstützt durch Deutsche Partei- und REP-Mitglieder – festhalten. Sein Wahlkampfleiter Peter Marx sieht – wieder einmal – den „Zeitpunkt dafür gekommen, dass sich auch die Republikaner einbringen müssen". Die DVU setzt auf einen Zermürbungseffekt bei den Republikanern: Angesichts des „nun schon seit vielen Jahren anhaltenden ewigen Minus bei Wahlen" müsse „beim verbliebenen Rest der REP-Mannschaft jetzt der Geduldsfaden hinsichtlich des radikalen Abgrenzungs- und Verweigerungskurses in der Parteispitze nun wirklich reißen".

Der REP-Chef Rolf Schlierer ist zum Mittun in der „Volksfront" aber nach wie vor nicht bereit. Statt dessen meint er, gebraucht werde mehr denn je eine „rechtsdemokratische, verfassungstreue, konservative Gegenkraft zum linkslastigen Parteienspektrum". Die Republikaner hätten „trotz immens erschwerter Bedingungen" ihr Ergebnis gehalten, „obwohl wir in weniger Bundesländern antreten konnten als vor drei Jahren". „Fest und mit ganzer Kraft" nähmen sie nun die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie die hessischen Kommunalwahlen im nächsten März in den Blick.

Auch Voigt richtet den Blick auf eine Landtagswahl – auf die in Mecklenburg-Vorpommern: „Mit einem Landesergebnis von 3,5 Prozent haben wir die besten Voraussetzungen für den Einzug in einen weiteren Landtag geschaffen." Selbst Kritiker Worch hält einen NPD-Erfolg für „sehr wahrscheinlich", ebenso wie er einen Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt für möglich hält – wenn die „Geldmaschinerie des Dr. Frey" dafür sorge. Dann seien NPD und DVU in vier von fünf „mitteldeutschen" Landtagen vertreten, „was man auf Mitteldeutschland gesehen, schon als beinahe flächendeckend ansehen kann". So gesehen, besteht auch nach der Bundestagswahl kein Anlass für Entwarnung.

Tomas Sager

"Kriegskasse gefüllt"

Aufwärtstrend für die NPD im Norden der Republik – die Rechtsextremisten hoffen auf den Einzug in den Schweriner Landtag im nächsten Jahr.

Die NPD im Norden der Republik feiert. Nicht nur in den östlichen Bundesländern konnte die älteste neonazistische Partei neue Wähler für sich gewinnen. Bei der Bundestagswahl 2005 erreichten die Landesverbände in Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Stimmenzuwachs. „Wir haben das gesteckte Ziel erreicht!“, verkündet so auch Thomas Wulff, NPD-Wahlkampfleiter Mecklenburg-Vorpommerns, und Horst Görmann, Bremens NPD-Chef, ließ verlauten: „Danke, Deutsche!“.

Von einem möglichen Einzug in den Bundestag hatte der Hamburger Spitzenkandidat Jürgen Rieger schon lange nicht mehr gesprochen. Auf der Wahlkampfabschlusskundgebung in der Hansestadt am 15. September verkündete er stattdessen: Wenn „Schwarz-gelb in vier Jahren scheitert, dann ziehen wir in den Reichstag“. Trotz der unterschiedlichen Nähe zur NPD marschierten an dem Abend, unter den knapp 50 Neonazis, Christian Worch und Thomas Wulff mit. Eingekreist von über 300 Gegendemonstranten und eingezäunt von einem zweireihigen Polizeigitter wetterte Rieger gegen „Ausländer“ und klagte über die „Juden“. Kämen sie an die Macht, versprach er, würden zügig „1 Millionen Ausländer“ ausgewiesen und schnell all die „Zahlungen an die Juden eingestellt“ werden. Der Hamburger Landeschef Ulrich Harder erzählte indes, dass sie im Wahlkampf eine große Zustimmung erlebt hätten. Nicht bloß Propaganda, wie die Wahlresultate offenbaren.

Am 18. September gaben ein Prozent der Hamburger Ulrich Harders Partei ihre Zweitstimme. In Bremen konnte die NPD 1,4 Prozent erreichen, in Schleswig-Holstein ein Prozent, in Niedersachen 1,3 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 3,5 Prozent. Die Ergebnisse der Zweitstimmen korrespondieren mit dem Zuwachs der Erststimmen. Alleine im niedersächsischen Dörverden, wo Rieger das Neonazizentrum „Heisenhof“ unterhält, konnten sie ihre Zweitstimmen verzehnfachen. Der Direktkandidat Rigolf Hennig erhielt gar 4,04 Prozent. Auch im westmecklenburgischen Lübtheen, wo der NPD-Landeschef Stefan Köster lebt, bekamen sie 8,6 Prozent. Im südlichen Vorpommern erkämpfte die NPD in einzelnen Wahlkreisen ebenso bis an die 10 Prozent. Die Ergebnisse lassen auch den Schluss zu, dass dort wo die Rechtsextremisten vor Ort sind und versuchen die Menschen in ihren Sorgen anzusprechen, wobei sie sich gleichzeitig als nette Herren und Damen von Nebenan gerieren, der Erfolg kommt. Denn einen massiven Wahlkampf führten sie nicht. Sie stellten nicht flächendeckend NPD-Plakate auf und große Wahlveranstaltungen blieben aus. Stattdessen marschierten sie in Schwerin und Oldenburg auf, führten Infostände wie in Hamburg-Wandsbek oder Rendsburg durch und verteilten wie in Bremen oder Hannover ihre Wahlkampfzeitung „Es reicht!“ und ihre Schulhof-CD: „Hier kommt der Schreck aller linken Spießer und Pauker!“.

Nette Damen und Herren von Nebenan

Umso mehr freut sich Wulff über das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern. Stieg es doch von 0,82 Prozent (2002) auf über 2,65 Prozentpunkte mehr an. „Mit 3,5 Prozent auf Landesebene ist meine Zielsetzung übertroffen worden“, frohlockt der Sekretär des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt und dankte den „Freien Kameradschaften“ für ihren „großartigen Beitrag“. Ganz wie Voigt hofft Wulff nun bei der Wahl 2006 in den Schweriner Landtag zu kommen. „Ich hoffe, dass ihr alle nunmehr auch bereit seid, mir (…) zu folgen“, schreibt Wulff, „wenn ich euch zurufe: Der Nationale Widerstand muss nun den einmal begonnenen Wahlkampf fortsetzen (… bis zum) Einzug in den Landtag!“. Klingt pathetisch aber nicht unrealistisch. Die „Kriegskasse kann gefüllt werden“, spielt Wulff sogleich auf die Wahlkampfkostenrückerstattung an. Für das Ergebnis erhält die rechtsextreme NPD rund 600 000 Euro. Einen Tag nach der Wahl zetert allerdings Christian Worch über seinen früheren engsten Vertrauten. Wie will sich „der Mann“ denn, nachdem er sich „zwei Jahrzehnte als ‘Nationalsozialist’“ verstand, nun bezeichnen, fragt er böse und merkte verbittert an: „Vor meinem inneren Auge“ sehe er (Worch) schon „Wulff seinen Namen mit dem Kürzel ‘MdL’ schmücken“.

Andreas Speit

"Denkzettel-Partei"

Experten sehen für die NPD in Sachsen mittlerweile ein Stammwählerpotenzial.

In Ostdeutschland scheint es der NPD zu gelingen, sich als Protestpartei festzusetzen. Die Ergebnisse der Rechtsextremisten bei der Bundestagswahl deuteten auf eine „doppelte Verankerung“ hin, sagte der Politikwissenschaftler Hajo Funke von der Freien Universität Berlin. Die NPD habe sich nicht nur bei den rechten Jugendszenen etabliert, „sondern auch regionale Anerkennung bekommen, wo sie mit dem Biedermeiergesicht agiert“. Funke bezog sich vor allem auf Sachsen, wo die NPD 4,9 Prozent erhielt. Das sind 3,5 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl 2002. In der Sächsischen Schweiz, einer ihrer Hochburgen, bekam die Partei 7,1 Prozent und legte damit fast fünf Prozentpunkte zu. Der Direktkandidat der NPD, der Landtagsabgeordnete Uwe Leichsenring, erhielt 16,1 Prozent.

Viele Ostdeutsche hielten die NPD für die einzige „Denkzettel-Partei“, sagte der Parteienforscher Eckhard Jesse, der an der Technischen Universität Chemnitz doziert dem in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel“. Bei diesen Wählern gelte selbst die PDS inzwischen als „Systempartei“. Die NPD hingegen versuche, sich „ganz raffiniert den Frustrierten als Kümmerer anzudienen“, so Jesse zum „Tagesspiegel“. Dass die NPD in Sachsen prozentual deutlich schlechter abschnitt als bei der Landtagswahl 2004 mit damals 9,2 Prozent, sehen Jesse und Funke nicht als Zeichen für Schwäche. Laut Funke ist ein Teil des rassistisch motivierten Hartz-IV-Protestpotenzials der NPD treu geblieben.

Besorgt ist auch der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes, Rainer Stock. Es zeige sich, dass die NPD in Sachsen „inzwischen über ein stabiles Stammwählerpotenzial verfügt“. Die überdurchschnittlichen Ergebnisse, zum Beispiel in der Sächsischen Schweiz, „machen zudem die teilweise Verwurzelung der Partei im dortigen politischen Alltag deutlich“. Stock appellierte an alle Demokraten, in der geistig-politischen Auseinandersetzung mit der NPD nicht nachzulassen.

Sollte sich die Partei in den neuen Bundesländern weiter einnisten, so Jesse und Funke, könnte sie bei den für Herbst geplanten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern an die Fünf-Prozent-Hürde herankommen. In Sachsen-Anhalt, wo im März gewählt wird, halten beide Wissenschaftler den Erfolg einer rechtsextremen Partei jedoch für wenig wahrscheinlich. Hier tritt, gemäß der Absprachen mit der NPD, die DVU an. Die Partei des Münchner Verlegers Gerhard Frey hatte bei der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9 Prozent errungen, ihre Fraktion produzierte dann aber vor allem Chaos und zerfiel. Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben nach Ansicht von Jesse „ihre Lektion gelernt“.

Frank Jansen

Rechtsextreme Hochburgen

In Ostdeutschland hat die NPD durchwegs besser abgeschnitten als im Westen – für die Republikaner gab es nur vereinzelt achtbare Erfolge.

Die NPD holte bei der Bundestagswahl – dem vorläufigen amtlichen Ergebnis zufolge – einen Stimmenanteil von 1,6 Prozent (743 903 Wähler; 2002: 0, 4 und 214 872 Wähler). Ihre Erststimme gaben der NPD 853 742 Wähler, 1,8 Prozent. Die Republikaner erhielten 266 317 Wählerstimmen und 0,6 Prozent (2002: 280 735 Stimmen und 0,6 Prozent).

Ihre höchsten Landesresultate erreichte die NPD in Sachsen (4,9 %; Erststimmen 5,1), Thüringen (3,7, %; 4,0), Mecklenburg-Vorpommern (3,5 %; 3,3), Brandenburg (3,2 %; 3,3), Sachsen-Anhalt (2,5 %; 2,8), dem Saarland (1,8 %; 1,7%) und in Berlin (1,6 %; 1,8). Im Folgenden die Wahlkreise (WK), die überdurchschnittliche Ergebnisse für die Rechtsextremisten aufweisen:

In knapp der Hälfte der Wahlkreise in Sachsen gelangte die NPD über die 5-Prozent-Marke: Sächsische Schweiz (7,1 %, Zweitstimmen 7,8 %), Kamenz-Hoyerswerda (6,5 %, 6,7), Bautzen-Weißwasser (6,3 %, 7,0), Annaberg-Aue-Schwarzenberg (6,3 %, 6,6), Freiberg Mittlerer Erzgebirgskreis (6,1 %, 6,1) und Löbau-Zittau (6,0 %, 6,7). Über 4 Prozent lagen die WK Vogtland – Plauen (4,6 %, 4,8), Chemnitzer Land Stollberg (4,7 %, 5,0), Leipziger Land (4,4 %, 4,5), Dresden II – Meißen I (4,1 %, 4,3). Über 3 Prozent gab es in den WK Zwickauer Land – Zwickau mit 3,6 % (3,4), Chemnitz 3,2 % (2,9),

Leipzig I 3,0 % (3,0), Schlusslicht bildete Leipzig II mit 2,2 % (2,3). Der Stimmenanteil der REP lag überwiegend bei 0,4 oder 0,5 Prozent; lediglich in Chemnitz erzielten sie 1,7 und im WK Chemnitzer Land 1,0 Prozent.

Auch in den Thüringer Wahlkreisen schnitt die NPD weit überdurchschnittlich ab: Sonneberg – Saalfeld – Rudolstadt (4,6 % Zweitstimmen, 4,8 % Erststimmen), Greiz – Altenburger Land (4,3, 4,5 %), Kyffhäuser Kreis (4,1, 4,5 %), Gotha – Ilm-Kreis (3,9, 4,4 %), Eisenach – Wartburgkreis (3,8, 3,89 %), Suhl – Schmalkalden (3,5, 3,7 %), Gera – Jena – Saale (3,2, 3,5 %), Eichsfeld – Nordharz (3,2, 3,3 %) und Erfurt – Weimar (2,5, 3,1 %). Die REP holten Ergebnissse zwischen 0,5 und 0,8 Prozent der Stimmen. In Mecklenburg-Vorpommern gab es die höchsten NPD-Ergebnisse in Neubrandenburg – Mecklenburg – Strelitz mit 4,6 % (Erstimmenanteil 4,8 %), dem folgen Greifswald – Demmin – Ostvorpommern (4,5, 4,8 %), Stralsund – Nordvorpommern – Rügen (3,6, 3,5 %), Bad Doberan – Güstrow – Müritz (3,3, 3,5 %), Schwerin – Ludwigslust (3,3, 3,4 %), Wismar – Nordwestmecklenburg (3,1, 3,3 %) und Rostock (2 %).

Im Bundesland Brandenburg erzielte die NPD im WK Oberspreewald-Lausitz II mit 5,0 Prozent (Erststimmen: 5,3) ihr bestes Resultat. Überdurchschnittlich schnitt sie auch in sämtlichen Wahlkreisen ab: Frankfurt – Oder-Spree (3,6, 3,6 %), Cottbus – Spree-Neiße (3,4, 3,5 %), Märkisch Oderland (3,4, 3,3 %), Uckermarck – Barnim (3,2, 3,5 %), Oberhavel – Havelland (3,2, 3,2 %), Dahme-Spreewald (3,1; 3,2 %), Brandenburg – Potsdam Mittelmark (2,9, 3,0 %), Prignitz (2,7, 2,8 %) sowie Potsdam (1,8, 1,8 %). Die höchsten Stimmenanteile der NPD lagen in Sachsen-Anhalt im Burgenland (4,2 und 4,7 %) und Mansfelder Land (3,3 und 3,5 %). Über dem Durchschnitt waren auch die Resultate in den übrigen Wahlkreisen: Bernburg – Bitterfeld – Saalkreis (2,7, 2,9 %), Harz (2,5, 2,9 %), Börde (2,5, 2,7 %), Anhalt (2,4, 2,5 %), Elbe-Havelgebiet (2,3; 2,8 %), Altmark (2,2, 2,2 %) sowie jeweils 1,7 Prozent in Magdeburg und Halle.

In fünf Berliner Wahlbezirken war das NPD-Ergebnis höher als der Bundesschnitt: Marzahn-Hellersdorf (3,2, 3,7 %), Lichtenberg (2,7, 3,2 %), Treptow-Köpenick (2,4, 2,5 %), Pankow (1,9, 2,2 %) sowie Neukölln (1,7, 2,0 %). Als einzigem westlichem Bundesland erzielte die NPD in allen vier saarländischen Wahlkreisen überdurchschnittliche Resultate: Saarbrücken (1,8 %, Zweitstimmen 1,5), Saalouis (1,7, 1,7), St. Wendel (1,7, 1,7) und Homburg (2,1, 2,0).

Unter den bundesweiten 1,6 Prozent blieb die NPD in sämtlichen Wahlkreisen in Hamburg und Schleswig-Holstein (jeweils 1,0 %). Im Bundesland Bremen (1,4 %) kam die NPD in Bremerhaven auf 1,9 (Erststimmen: 2,0) Prozent. In Niedersachsen holte sie im WK Helmstedt – Wolfsburg 1,8 (Erststimmen: 1,9) Prozent sowie jeweils 1,6 Prozent in den WK Rotenburg – Verden und in Salzgitter – Wolfenbüttel. Nordrhein-Westfalen lag mit 0,8 Prozent unter dem NPD-Bundesergebnis. Lediglich im WK Duisburg II gab es 1,6 (Erststimmen: 2,0) Prozent; dort zusätzlich 0,6 Prozent für die REP, deren bestes Ergebnis im WK Herne Bochum II 0,9 Prozent betrug. In Rheinland-Pfalz gelangen der NPD in drei Wahlkreisen überdurchschnittliche Ergebnisse: Kaiserslautern (2,3, 2,8 %), Pirmasens (2,1, 3,3 %; zusätzlich 2,1 % für REP), Worms (2,0, 2,3 %). In Ludwigshafen-Frankenthal erzielten die REP ihr bestes Resultat mit 2,8 Prozent (NPD: 1,5), in Pirmasens und der Südpfalz jeweils 2,1 und in Neustadt-Speyer 2,0 Prozent. In Hessen (1,2 %) schaffte die NPD in den WK Lahn-Dill (1,9, 2,3 %) sowie Wetterau (2,0, 2,2 %) ihre höchsten Stimmenanteile.

Überdurchschnittlich schnitt die NPD in Baden-Württemberg (1,1 %) in drei Wahlkreisen ab: Schwarzwald-Baar (1,7 %; Erststimmen 2,9), Heilbronn (1,7, 2,3 %) und Schwäbisch-Hall – Hohenlohe (1,6, 2,2 %). Die REP, die von 1992 bis 2001 im Landesparlament vertreten waren, erhielten 1,1 Prozent. Ihren höchsten Anteil holten sie im WK Nürtingen mit 2,0 Prozent. In 16 bayerischen Wahlkreisen erreichte die NPD höhere Resultate (landesweit: 1,3 %): Schwandorf (2,4, 2,9 %), Coburg (2,3, 2,5 %), Kulmbach (2,3, 3,1 %), Deggendorf (2,2, 3,3 %), Straubing (2,1, 2,7 %), Weiden (2,1, 1,7 %), Rottal-Inn (2,0, 2,9 %), Amberg (2,0, 2,2 %), Neu-Ulm (1,8, 2,4 %), Ansbach (1,6, 2,3 %), Hof (1,9 , 2,3 %), Bamberg (1,7, 3,1 %), Landshut (1,6, 2,2 %), Bad Kissingen (1,9, 2,5 %), Nürnberg-Süd (1,7, 2,2 %) und Fürth (1,8, 2,4 %). Für die REP (1,0 Prozent) gab es in Würzburg 2,4 und in Schweinfurt 2,1 Prozent.

Zusammenstellung: Gabriele Nandlinger

"Patriotische Kleidung"

Tyr-Rune und Wolfsangel sind wieder Mode.

Im Rechtsstreit um die der unter jungen Rechtsradikalen beliebten Bekleidungsmarke Thor Steinar hat die Herstellerfirma MediaTex GmbH einen Erfolg verbucht. Das Brandenburgische Oberlandesgericht gab einer Revisionsklage gegen das im letzten Jahr vom Amtsgericht Potsdam verfügte Verbot des Logos statt. Wie es in der Urteilsbegründung heißt, sei das Markenzeichen von Thor Steinar nicht verwechselbar mit einem verfassungsfeindlichen Symbol. Eine weitere Verfolgung wegen des Tragens der Kleidungsstücke in der Öffentlichkeit werde es nicht geben.

Die Marke Thor Steinar wurde im Oktober 2002 registriert und wird seit 2003 aus Zeesen bei Königs Wusterhausen vertrieben. Das Logo zeigt eine verschlungene Kombination der altgermanischen Tyr-Rune und der als Wolfsangel bekannten Gibor-Rune, die während der NS-Zeit als Zeichen der SA-Reichsführerschulen beziehungsweise der SS-Division „Das Reich“ gebraucht wurden. Als Aufdrucke werden Namen oder Inhalte aus der nordischen Mythologie oder germanischen Sagen verwendet. Auffällig ist neben der martialischen Aufmachung die Einarbeitung von Tarnfarben, die in einigen Mustern stark an die Farbmuster der deutschen Wehrmacht erinnern. Aufmerksamkeit erregte der Aufdruck „UItima Thule“, der gleichzeitig auch der Name eines schwedischen Rechtsrock-Labels ist. Im November 2004 erwirkte die Staatsanwaltschaft Neuruppin das Verbot des Logos und die bundesweite Beschlagnahme der entsprechenden Kleidungsstücke. Die Polizei durchsuchte Bekleidungsläden der rechten Szene und versiegelte das Lager von MediaTex. Der Hersteller ließ das Zeichen daraufhin umarbeiten.

Während MediaTex alle Assoziationen mit neonazistischen Versandstellen wie dem Nord Versand und dem H8 Store zurückweist, wurde Thor Steinar in den entsprechenden Kreisen stets als angemessene „patriotische Kleidung mit nordischer Attitüde“ (RockNord) begrüßt. Für den organisierten Rechtsextremismus stellt Kleidung ähnlich wie Musik einen legalen Zugang zu Jugendlichen dar.

Michael Funk

Feindbeobachtung

Journalisten im Fokus der Neonazis.

Das in Dresden ansässige neonazistische „Pressearchiv“ ist neben dem Sammeln, Archivieren und Weiterverbreiten von Presseartikeln auch in der Beobachtung des politischen Gegners, der so genannten Anti-Antifa-Arbeit aktiv.

In dem Neonazi-Blatt „Freier Rundbrief“ aus Dresden wurde zu Jahresbeginn über das „Pressearchiv“ informiert. Abrufbar bei dem seit 1997 aktiven Pressearchivs seien „Zeitungsartikel und Beiträge aus den unterschiedlichsten Druckerzeugnissen“. Doch, so hieß es einschränkend, „es kann nicht oft genug gewarnt werden“, denn „über die systemgesteuerten Medien wird zu 90 – 95 Prozent nur Propaganda transportiert. Den kleinen Rest an wahrheitsgetreuen Fakten herauszufiltern ist sehr schwer.“ Gesammelt werden im „Pressearchiv“ Presseerzeugnisse aller Art, die von interessierten Kameraden angefordert werden können. Neben den Inhalten gilt das Interesse des Pressearchivs aber auch den Journalisten selber. „Sollte einst der Tag des großen Umschwungs gekommen sein, sollen die Presseschmierer von heute nicht meinen, sie könnten mit wehenden Fahnen zu uns überlaufen. Denn merke: Sie lügen wie gedruckt und sie drucken ihre Lügen!“, führt im „Freien Rundbrief“ ein namentlich nicht genannter Neonazi an.

Kopf des „Pressearchivs“ ist der 35-jährige Oliver Raninger aus der sächsischen Kreisstadt Freital. Der mehrfach vorbestrafte Neonazi Raninger wurde von Oktober 2002 bis Juli 2004 von der neonazistischen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) betreut („Briefkontakt wünschen“), die er dafür gegenwärtig unterstützt. Anfang der 90-er Jahre unterhielt Raninger auch Kontakt zur zwischenzeitlich verbotenen Nationalistischen Front. Im Frühjahr dieses Jahres tauchte die Postfachadresse des „Pressearchivs“ im Rahmen eines bundesweiten Projektes auf. Es diente als Kontaktadresse des vorzeitig bekanntgewordenen Projektes einer „unabhängigen Schüler- und Jugendzeitung“ mit dem Titel „Independent“ (vgl. bnr 7/05).

Ben Schreiber

Rezension

Vernetzte braune Truppen

Die Strukturen der NPD und der Kameradschaftsszene in Niedersachsen.

„Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass Neonazis organisiert und fast stabsplanmäßig arbeiten.“ Die Mahnung der Fernsehjournalistin und bnr-Autorin Andrea Röpke im Vorwort ihrer neuen Broschüre „Wir erobern die Städte vom Land aus!“ könnte überflüssig erscheinen. Schließlich wird gegenwärtig wieder einmal auch in den Massenmedien über Rechtsextremismus berichtet. Ereignisbezogener Meldungsjournalismus vernachlässigt jedoch seiner Natur nach die Strukturen und präsentiert lediglich singuläre Vorfälle. Schon dass es dieselben Anführer sind, die bisweilen im Wochenrhythmus in Dortmund, München oder Hamburg Aufmärsche organisieren, gerät kaum in den Blick.

Als Fallbeispiel für Vernetzung und Vormarsch der braunen Truppen hat sich die Autorin das Bundesland vorgenommen, dessen Szene sie teilweise besser kennt als diese sich selbst. Röpke steht im Ruf einer exzellenten Rechercheurin, die herausfindet, wovon andere nicht einmal ahnen, dass es etwas zu suchen gibt. Für Neonazis ist sie ein bevorzugtes Hassobjekt, weil sie die konspirativen Wege offenlegt, mit denen sie an der Unterhöhlung der Demokratie arbeiten und dabei zumindest in den Köpfen der Mitwirkenden nachhaltige Erfolge zeitigen. Lüneburg, Stade, Braunschweig, der „Heisenhof“ bei Verden/Aller, Osnabrück, die Ränder von Hamburg und Bremen – den Norden Niedersachsens überzieht ein dichtes Netz von rechten Gruppen: Kameradschaften, Parteigliederungen, Skinhead-Banden, nicht zu reden von den Jugendlichen, die bloß einschlägige CDs hören. Niedersachsen ist gewissermaßen die Heimat der NPD, die am 28. November 1964 in der Landeshauptstadt Hannover gegründet wurde.

Die Tradition hat Namen: Adolf Dammann, Landes-Vize der Partei aus Buxtehude, und Jürgen Rieger, Hamburger Rechtsanwalt, kennen sich seit Jahrzehnten und haben gemeinsam das Projekt des Stützpunkts und Kommunikationszentrums „Heisenhof“ vorangetrieben. Aus allen Landesteilen standen Neonazis zur Unterstützung der „Heisenhofler“ bereit, diese selbst gingen, auf dem Höhepunkt ihrer Bekanntheit, im Norden auf Tour und gaben Gastspiele auf dem Lande. „Wir machen es wie die NSDAP, wir erobern die Städte vom Land aus“, tönte Dammanns Schüler Sascha Jörg S., der inzwischen als Riegers Statthalter vom „Heisenhof“ nach Osten zog.

Die Bildung rechter Zellen in der Provinz bleibt allzu oft unbeobachtet oder unwidersprochen. Im Dorf Bargstedt betrieb die NPD wenigstens 20 Jahre lang eine Schulungsstätte, die erst jetzt ins Visier der Behörden geraten ist. Minderjährige aus ganz Niedersachsen wurden hier auf Rassismus und Vernichtungswillen getrimmt. Unter der Regie eines ehrenwerten Bürgers, eines Bankfilialleiters, dessen Beziehungen sich nicht auf die eigenen Reihen beschränken.

Neonazismus in der Provinz reicht von der dumpf grölenden Gang, die ein Schützenfest zu beherrschen versucht, bis zu engagierten Parteikadern, die Teilnehmer für Vorträge vorbestrafter Terroristen anwerben. Reichlich „Hilfswillige“ für Dammann und Rieger, Thomas Wulff und Christian Worch, Manfred Börm und Florian Cordes. „Wir wissen viel zu wenig“, beklagt die Autorin. Vor allem fehlt es in vielen Regionen an Beobachtern, die immerhin ein Auge auf braune Drahtziehereien werfen. Der Kordon aus Gewalt, mit dem die Szene sich umgibt, ist weiterhin ihr bestes Mittel, Aufklärung zu behindern.

Beispielhaft zeichnet Röpke die Bewegungsbilder einiger auffälliger Neonazis und wirft dabei Schlaglichter auf das Netzwerk. Alexander Hohensee, 19, gab sein Debüt als Politiker an der Seite von Adolf Dammann im Januar 2004 in Buxtehude. Seither tourt er unter den Fittichen von Christian Worch und probte wenigstens 16 Mal die Rolle des „Volkstribun“ in Hamburg, Lübeck, Leipzig, Essen und anderswo. Worch selbst erhielt seine ersten Einweisungen vor 30 Jahren ebenfalls von Dammann und gibt den Staffelstab nun weiter.

Man möchte die Broschüre ein Standardwerk nennen, hätte der Herausgeber, die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen-Ost, mehr Sorgfalt auf Redaktion und Gestaltung verwandt.

Uwe Ruprecht

Andrea Röpke, "Wir erobern die Städte vom Land aus!", Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig 2005, 168 S., 5,-- EUR.

Ausland

Le Pen forever

Der FN-Parteichef blockiert nach wie vor die Frage seiner Nachfolge und will auch wieder als Präsidentschaftskandidat antreten.

Die Ankündigung löste nur mäßige Begeisterung in seiner Partei aus: Jean-Marie Le Pen möchte, koste es wolle, in anderthalb Jahren noch ein „letztes" zur französischen Präsidentschaftswahl antreten. Es wäre seine vierte Teilnahme an der Wahl, die Le Pen, in Übereinstimmung mit seiner auf den „starken Mann" zugeschnittenen Politikkonzeption, als „Königin aller Schlachten" betrachtet und als den einzigen Wahlgang, der ihn im Grunde je interessiert hat.

Dabei will der rechtsextreme Politiker auch beim nächsten Mal nicht ausschließen, eine positive Empfehlung für den entscheidenden zweiten Wahlgang auszusprechen. Sein konkretes Verhalten vor der Stichwahl wird er davon abhängig machen, wie er vor wenigen Wochen ankündigte, wer dann die bürgerliche Rechte vertritt. Falls ihr Kandidat wieder Jacques Chirac wäre (wie 1988, 1995 und 2002), den Le Pen persönlich hasst wie kaum einen zweiten, dann würde es ihm „schwer fallen" eine Wahlempfehlung auszusprechen.

Wenn jedoch nicht mehr Chirac, sondern „wie von vielen Beobachtern erwartet wird", dessen derzeitiger Innenminister Nicolas Sarkozy in der Stichwahl gegen einen Vertreter oder eine Vertreterin der Linksparteien antreten wird, dann könne er sich eine Wahlempfehlung sehr wohl vorstellen, verkündete Le Pen. Sarkozy wirbt seit Monaten offen mit autoritären Parolen um das Publikum des FN, am 30. Juni verkündete er gegenüber Journalisten: „Ich ziele nicht auf die Wählerschaft des FN ab, ich habe sie bereits."

Im Jahr 2007, in dessen erster Hälfte sowohl der Präsident als auch die Nationalversammlung neu gewählt werden, wird Jean-Marie Le Pen 79 Jahre alt. In den meisten Fällen bedeutet das für einen Politiker: Zeit, abzutreten und eventuell seine Nachfolge zu regeln. Nicht so für den Chef des rechtsextremen Front National (FN). Die Entscheidung über eine mögliche Nachfolge wird nach wie vor durch ihn blockiert. Ursprünglich hätte, nach dem Kalender der bisher im dreijährigen Rhythmus stattfindenden Parteitage, im Frühjahr 2006 der nächste Kongress des FN stattfinden müssen.

Damit aber nur ja die heikle Erbfolgefrage nicht vor der Präsidentschaftswahl aufgeworfen werden kann, hat der Chef des FN nunmehr entschieden, dass der Parteikongress auf Ende 2007 verschoben wird. Dann ist das „Superwahljahr" vorüber. Und falls er es sich bis dahin nicht noch einmal anders überlegt, gedenkt Le Pen dann vielleicht auch abzutreten. Bis dahin bleiben aber noch ein paar größere Steine aus dem Weg zu räumen, vor allem das Problem der 500 Unterstützungsunterschriften. Um als Kandidat zur Präsidentschaftswahl antreten zu können, muss ein Bewerber 500 Unterschriften von Mandatsträgern der Republik „Bürgermeistern, Angehörigen eines Bezirks-, Regional- oder des Europaparlaments, Abgeordneten der beiden nationalen Parlamentskammern" vorweisen können. Zum ersten Mal haben jetzt hohe FN-Funktionäre in der bürgerlichen Presse klar erkennen lassen, dass viele der eigenen Parteikollegen 2007 nicht mehr für Le Pen unterschreiben würden.

Neben Jean-Marie Le Pen selbst und Innenminister Sarkozy kommt noch ein weiterer Bewerber um die Stimmen des rechten bis rechtsextremen Wählerpotenzials in Betracht: der nationalkonservative, rechtskatholische Graf Philippe de Villiers, der am 11. September bereits seine eigene Präsidentschaftskandidatur anmeldete. Seine, bisher noch im Aufbaustadium steckende, „Bewegung für Frankreich" (MPF, Mouvement pour la France) hat in den letzten Monaten auch viele enttäuschte ehemalige FN-Funktionäre gewonnen. De Villiers hat auch offen erklärt, die Türen seiner Partei stünden abtrünnigen FN-Leuten offen. Der FN-Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard, hat nach Informationen von „Liberation" den Grafen de Villiers jüngst getroffen. Bompard steht seit längerem mit Le Pen im Konflikt, der sich verschärft hat, nachdem der Amtsträger es wagte, der eigenen Partei im Mai einen Geldstrafbefehl wegen illegalen Plakatierens in seiner Kommune auszustellen. Am 9. September wurde Bompard aus den Führungsgremien des FN ausgeschlossen; er hat bereits angekündigt, der Partei nicht als einfaches Mitglied angehören zu wollen.

Bernhard Schmid

Unbehelligtes Treiben

„Sieg-Heil"-Rufe bei Neonazi-Konzert – tschechische Polizei schreitet nicht ein.

Im tschechischen Krtetice fand am 17. September ein Gedenkkonzert für Ian Stuart Donaldson statt, der am 24. September 1993 bei einem Autounfall ums Leben kam. Donaldson war Frontmann der legendären Neonazi-Skinband „Skrewdriver" und 1987 Gründer des international operierenden Neonazi-Netzwerkes „Blood& Honour"(B&H). Zu dem Konzert im südböhmischen Krtetice waren 500 Teilnehmer unter anderem aus Tschechien, Österreich und Deutschland angereist. Organisiert wurde das braune Meeting von der tschechischen Neonazi-Gruppe „Narodni odpor" („Nationaler Widerstand") und dem B&H-Ableger Combat 18.

Aufgespielt wurde von den tschechischen Bands „Conflict 88" und „Blizzard", „Titkolt Ellenalas" aus Ungarn, der britischen Kultband „Razors Edge" und „Oidoxie" aus Nordrhein-Westfalen. Gegen Mitglieder der Band „Oidoxie" wurde im Januar vom Amtsgericht Dortmund Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. „Oidoxie" pflegt seit Jahren engen Kontakt zu Christian Worch, der die Band mehrfach als „musikalische Begleitung" bei seinen Demonstrationen anmeldete. Die mit 100 Mann vor Ort präsente tschechische Polizei schritt bei dem Konzert auch dann nicht ein, als von Teilnehmern „Sieg Heil"-Rufe zu hören waren und dem Führer-Stellvertreter Rudolf Heß lautstark gehuldigt wurde.

Ungestört von der Polizei fanden auch am 26. März in Jablonne v Podjestedi und am 9. April in Brno rechtsextreme Konzerte statt, zu denen ebenfalls Teilnehmer aus der Bundesrepublik angereist waren. Bei beiden Konzerten traten deutsche Neonazi-Bands auf: „Race Riot" und „Frontalkraft" aus Cottbus.

Der Prager Geheimdienst stellt in seinem jüngsten Bericht fest, dass tschechische Neonazis immer öfter Strategien von Gleichgesinnten aus der Bundesrepublik kopieren. So sei eine Dezentralisierung der Szene zu beobachten, die sich für größere Aktionen nur mehr kurzfristig zusammenschließe.

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Gefährliche Botschaft

Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD".

Der Versuch, Jugendliche mit kostenlosen Rechtsrock-CDs zu versorgen, macht Schule – im Wortsinn und binnen Jahresfrist zum dritten Mal. Konnte im Sommer 2004 die Verteilung der CD „Anpassung ist Feigheit" nach einem Gerichtsurteil wegen schwerer Jugendgefährdung noch weitgehend verhindert werden, so gab es beim sächsischen Landtagswahlkampf keinerlei juristische Handhabe, als sich die NPD mit der CD „Wahltag ist Zahltag" vornehmlich an Erst- und Jungwähler wandte. Im Bundestagswahlkampf wurde diese Aktion deutschlandweit vor Schulen wiederholt.

Für die inhaltliche Auseinandersetzung mit der CD steht seit wenigen Tagen online eine Argumentationshilfe bereit. Verfasst wurde sie von Jan Raabe und Christian Dornbusch, die mit dem Buch „Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien" bereits ein Standardwerk zur rechten Alltagskultur vorgelegt haben. Sie gehen eingangs auf die Funktion von Musik im Rahmen einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus" ein und interpretieren die Texte der 14 auf der CD enthaltenen Songs. Es folgen die Originaltexte, Hinweise zur Erstveröffentlichung, der Abdruck des Originalcovers sowie eines Comics aus dem Begleitheft, Kurzbiografien der beitragenden Liedermacher und Bands, Hinweise auf weiterführende Literatur. Bei der Zusammenstellung der CD handelt es sich ausnahmslos um bereits veröffentlichtes Material der „üblichen Verdächtigen": Balladen von Frank Rennicke oder Annett, Rocksongs von „Noie Werte", „Odem" und anderen. Die Autoren analysieren die Botschaften der Texte: Kapitalismuskritik mit antisemitischen Untertönen, Heldenkult und deutscher Opfermythos, vorgeblicher Untergang der Nation durch soziale Verelendung und geplante Überfremdung, Anti-Kriegspropaganda gegen die USA – kurzum die gesamte Palette einer sich „nationalrevolutionär" gebenden extremen Rechten. *Michael Pechel*

Argumentationshilfe als PDF: www.arbeitsstelle-neonazismus.de; weitere Materialien: www.internetgegenrechts.de

Fördern mit Rat und Geld

Die Amadeu Antonio Stiftung initiiert und betreut zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte.

Schon der Name legt Zeugnis ab gegen rechte Gewalt: Amadeu Antonio (Kiowa) war das erste Mordopfer rechtsextremer Täter nach dem Fall der Mauer. „Wir wollten allen Opfern damit einen Namen und ein Gesicht geben", schreibt Anetta Kahane, Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung in einem Bericht zum fünften Jubiläum der Einrichtung.

Bei einer Stiftung geht es meistens um viel Geld. Anders bei der Amadeu Antonio Stiftung, die zwar Projekte materiell fördert, sich immer aber auch als Ansprechpartnerin und kompetente Ratgeberin versteht. „Ich habe nach dem Mauerfall bei meinen Versuchen, interkulturelle Netzwerke aufzubauen, bald gemerkt, dass es in den neuen Bundesländern ein erhebliches Demokratiedefizit gab", sagt Anetta Kahane. Vor diesem Hintergrund wandte sie sich selbst der Projektarbeit zu und gründete 1997 mit Bernd Wagner und anderen das Zentrum für demokratische Kultur. Im Kontakt mit vielen isoliert vor sich hin arbeitenden Gruppen stellte Kahane schließlich fest, dass Vernetzung, aber auch qualifizierte Unterstützung Not tat.

244 Projekte hat die Amadeu Antonio Stiftung allein zwischen 1999 und 2003 gefördert – antirassistische Sommercamps ebenso wie Opferberatungen, das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten „Exit" ebenso wie Projektschultage zu Rechtsextremismus. Um Großbeträge geht es bei den einzelnen Förderanträgen nie. Schließlich sollen möglichst viele Initiativen und Projekte von der Hilfe profitieren. Dass die Stiftung unabhängig Fördermittel ausreichen kann, verdankt sie dem früheren Unternehmer Karl Konrad Graf von der Groeben: Der gab 1998 das Gründungskapital für die Stiftung. Seitdem brachten weitere Firmen und Einzelpersonen Zustiftungen sowie Spenden ein.

„Natürlich ist das zu wenig", stellt Anetta Kahane fest. Auch das Civitas-Programm, das die Stiftung durch Beratung der Bundesregierung maßgeblich angestoßen hat, kann längst nicht alles fördern, was förderungswürdig wäre. „Und es geht auch nicht allein um Projekte und Programme", meint sie. Schließlich sei die Entwicklung des Rechtsextremismus' und der Demokratiefeindlichkeit nicht stehen geblieben. Grundlegende gesellschaftliche Debatten seien eigentlich überfällig. Gleichwohl weiß die Vorsitzende des Stiftungsvorstandes aus eigenem Erleben, dass die Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus hier zu Lande einer Art „Konjunktur" unterliegen. Wird in den Medien über ausländerfeindliche Übergriffe, Anschläge auf Synagogen oder auch über große Neonazidemonstrationen berichtet, steigt für kurze Zeit die Aufmerksamkeit für die vielfältigen Gegenprojekte. Meistens, so Kahane, fehle es aber an der nötigen Aufmerksamkeit für das Thema.

Beachtlich ist, was durch die Stiftung, was auch mithilfe von Civitas an zivilgesellschaftlicher, demokratischer Infrastruktur in den neuen Bundesländern entstanden ist. Mobile Beratungsteams, Bürgerbündnisse, Jugendinitiativen, überregionale Netzwerke gibt es vielerorts. „Nach mehreren Anläufen konnten wir mittlerweile auch die Gründung der ersten Bürgerstiftungen anstoßen", sagt Anetta Kahane. Hier, etwa in der Barnim-Uckermark-Stiftung oder der Bürgerstiftung Halle, werden die Menschen vor Ort aktiviert, setzen sich mit Demokratiedefiziten und Rassismus, aber auch Themen wie dem demographischen Wandel oder der Abwanderung aus Ostdeutschland auseinander.

Neben der Betreuungsarbeit der Projekte befasst sich die Stiftung selbst auch noch mit einigen übergreifenden Themen, etwa mit Antisemitismus, denn, so Kahane, „in der gesamten Projektlandschaft gab es dazu bisher kaum etwas". 2004 wurden rund um den 9. November mehr als 30 Einzelaktionen in 50 Städten durchgeführt. Zwei Mitarbeiterinnen der Stiftung forschen zum Thema Antisemitismus in der DDR.

Im Moment machen sich die Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung Sorge um die Zukunft der Förderprogramme der Bundesregierung Civitas und Entimon. „Sollte die Finanzierung über kurz oder lang ausfallen, dann werden wir erheblich mehr Anträge erhalten, die wir kaum alle bewilligen können", sagt Anetta Kahane. Dabei sei das wichtigste in der Arbeit gegen Rechtsextremismus die Kontinuität. *Gudrun Giese*

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Meldungen

„Katastrophale Niederlage“

Dortmund – Auch in Nordrhein-Westfalen schwindet nach der Bundestagswahl bei den Republikanern die Zustimmung zum Kurs ihres Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und seiner Stellvertreterin Uschi Winkelsett. In einer „Dortmunder Erklärung“ wird Winkelsett, die als Gegnerin einer Öffnung nach weiter rechtsaußen gilt, aufgefordert, „endlich Verantwortung zu übernehmen und als Landesvorsitzende zurückzutreten“. Das REP-Ergebnis bei der Bundestagswahl von nur 0,3 Prozent in NRW stelle „eine weitere katastrophale Niederlage“ dar. „Nach zehn Jahren unter Ursula Winkelsett sind die Republikaner in Nordrhein-Westfalen zu einer bedeutungslosen Splitterpartei geworden“, die mittlerweile sogar von den Grauen, der Tierschutz- und der Familienpartei auf die Plätze verwiesen würden, heißt es in der Erklärung. Eine neue Mannschaft stehe bereit, um den Wiederaufbau in die Hand zu nehmen. Gemeint ist offenbar jener Kreis, der bei dem Treffen von „Kreisvorsitzenden, kommunalen Mandatsträgern sowie Landes- und Bundesvorstandsmitgliedern in Dortmund“ als Sprecher bestimmt wurde: der stellvertretende Landesvorsitzende und Beisitzer im Bundesvorstand Daniel M. Schöppe, der Kreisvorsitzende und Stadtrat von Gelsenkirchen Kevin Gareth Hauer sowie der stellvertretende Kreisvorsitzende von Viersen, Walter Rütten. Als exponierte Schlierer- und Winkelsett-Kritiker waren alle drei bisher noch nicht aufgefallen. (ts)

Gerichtlicher Maulkorb

Belgien (Brüssel) – Der einschlägig verurteilte Holocaust-Leugner Vincent Reynouard darf nicht mehr publizieren. Die belgische Polizei durchsuchte in Brüssel die Wohnung Reynouards und beschlagnahmte dabei Computer, Bücher und andere Dokumente. Der 35-jährige in Frankreich geborene Revisionist wurde darüber hinaus per Gerichtsbeschluss angewiesen, sämtliche publizistischen Tätigkeiten zu unterlassen. Reynouard wurde bereits mehrmals wegen der Verbreitung Holocaust leugnender Schriften beziehungsweise der Leugnung von Kriegsverbrechen zu Haftstrafen verurteilt, zuletzt im Juni 2004. Der ehemalige Mathematiklehrer trat als Referent auf Veranstaltungen neonazistischer Organisationen wie der italienischen Nuovo Ordine Nazionale auf. Ferner unterhält er enge Kontakte zu der Organisation Vrij Historisch Onderzoek (VHO) des Revisionisten Siegfried Verbeke, der im August in Amsterdam verhaftet wurde und zurzeit auf seine Auslieferung nach Deutschland wartet. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de